

Ressort: Medien
Mediengattung: Online News

Visits (VpD): 1,56 (in Mio.)¹
Unique Users (UUpD): 0,393 (in Mio.)²

Weblink: <https://www.sueddeutsche.de/medien/russland-pressefreiheit-journalismus-sanktionen-lux.uXtkoAyouh3Av4ucgqzgw>

¹ von PMG gewichtet 04-2024

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Pressefreiheit in Russland

„Das ist jetzt die Retourkutsche“

Russland schränkt den Zugang zu europäischen Medien im Land weiter ein. „Reporter ohne Grenzen“ sieht in dem Schritt die Antwort auf EU-Sanktionen.

Interview von Marvin Zubrod

Aus dem russischen Außenministerium hieß es Ende Juni über mehrere europäischen Medien, diese würden „systematisch falsche Informationen“ über den Ukraine-Konflikt verbreiten. Grund genug für Russland den Zugang zu vielen der Nachrichtenportale im eigenen Land weiter zu sanktionieren. [Im Zuge dessen wurden 81 Webseiten aus 25 EU-Ländern gesperrt](#), darunter etwa öffentlich-rechtliche Sender wie Arte oder der ORF, wo der Moskau-Korrespondentin auch die Akkreditierung entzogen wurde. In Deutschland sind die Webseiten von *Zeit*, *Spiegel* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* betroffen. Ilja Braun von Reporter ohne Grenzen erklärt, was das für die Pressefreiheit in einem Land bedeutet, das schon seit Langem Journalisten zu „ausländischen Agenten“ erklärt, kritische Medien geschlossen und die Zensur im Netz verschärft hat.

SZ: Herr Braun, Russland hat die Nachrichtenportale vieler europäischer Medien gesperrt, auch Seiten aus Deutschland. Hat Sie das überrascht?

Ilja Braun: Nicht wirklich. Die Europäische Union hat ja erst vor wenigen Tagen neue Sanktionen gegen Russland verhängt. Das ist jetzt die Retourkutsche. Es geht Russland darum zu zeigen, dass sie auf weitere Sanktionen reagieren können.

Sie klingen nicht gerade begeistert von den Sanktionen der Europäischen Union. Dabei hat die EU auch weitere russische Propaganda-Kanäle gesperrt.

Es ist zwar richtig, dass die EU gegen Staaten vorgeht, welche die Pressefreiheit verletzen. Aber das sollte nicht nur auf Basis einzelner Entscheidungen geschehen, die jedes Mal neu verhandelt werden müssen.

Sondern?

Besser wäre es, wenn die Europäische Union allgemeingültige medienpolitische Entscheidungen treffen würde, die dann nicht nur für Russland gelten sollten.

Das müssen Sie erklären.

Als Russia Today nach Beginn des russischen Angriffskrieges in Deutschland verboten wurde, geschah das im Rahmen der wirtschaftspolitischen Sanktionen. Nachzuweisen, dass das Medium tatsächlich gegen journalistische Sorgfaltspflichten verstößt, wäre aufwändiger gewesen, aber auch überzeugender.

Wieso geschieht das bislang nicht?

Das Problem ist, dass die Zugangsvoraussetzungen für Mediendienstanbieter zum europäischen Informationsraum nicht harmonisiert, also vereinheitlicht sind. Wir finden, dass es klare, gemeinsame europäische Regeln dafür geben müsste, die dann für alle gelten. Auch das würde die russische Propaganda stark treffen, aber eben nicht nur sie. Gerade im Fernsbereich wäre das wichtig.

Weil das Fernsehen immer noch der wichtigste Verbreitungsweg des Regimes ist?

Genau. Die meisten Menschen in Russland, und auch viele Russen in Deutschland, informieren sich hauptsächlich über das Fernsehen.

Dann hat die Sperre europäischer

Nachrichtenportale im Internet nur einen symbolischen Wert?

Ich denke, so groß ist die Reichweite deutscher Medien in Russland nicht, schon weil es die Angebote ja nicht auf Russisch gibt. Wer sich technisch auskennt, kann die Sperre auch mittels einer VPN-Verbindung umgehen.

Dann bleibt alles beim Alten?

So würde ich das nicht sehen. Ein viel größeres Problem ist die ständige Einschüchterung der Pressevertreter in Russland selbst, und natürlich der Mangel an unabhängigen Informationsangeboten auf Russisch. Schon jetzt belegt Russland Platz 162 von 180 Staaten in der Rangliste der Pressefreiheit. Damit war die Pressefreiheit in Russland schon vor der Ausweitung der Sperre von Nachrichtenseiten de facto nicht vorhanden.

Die Süddeutsche Zeitung ist von dem Verbot bislang nicht erfasst.

Ich glaube nicht, dass dahinter Kalkül steckt. Wahrscheinlich hat die russische Regierung manche Medien übersehen. Und falls sie das Verbot verschärfen wollen, können sie das ohnehin jederzeit tun.

Dem kann man nichts entgegensetzen?

Das beste Mittel gegen Propaganda und Desinformation wäre aus unserer Sicht eine stärkere Unterstützung unabhängiger Exilmedien, die für die Bevölkerung in autoritär regierten Staaten oft die einzige verlässliche Informationsquellen sind.

Abbildung:

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow setzt die Gleichschaltung der Presse in Russland fort. Evgenia Novozhenina/dpa

Wörter:

564

Urheberinformation:

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG